



«Bienvenue dans une nouvelle ère»

## Frischer Wind

**Am 21. April haben die Delegierten der Grünen Schweiz ein neues Präsidium gewählt. Unterstützt von einem vierköpfigen Vizepräsidium stehen mit der Berner Nationalrätin Regula Rytz und Adèle Thorens (Nationalrätin VD) neu zwei Frauen an der Spitze der Grünen. Mit dem breit abgestützten Gremium sind die Weichen für einen Neustart gestellt.**



Gemeinsam mit Adèle Thorens wurde ich im April als Co-Präsidentin der Grünen Schweiz gewählt. Ich freue mich sehr über die Wahl und bedanke mich herzlich.

Mit der Wahl des vierköpfigen Vizepräsidiums mit Bastien Girod (Nationalrat, Mitglied Umweltkommission), Jo Lang (Nationalrat 2003-2011, GSoA-Vorstandsmitglied), dem Genfer Ständerat Robert Cramer und Irène Kälin von den Jungen Grünen konnte eine ideale Vertretung der Sprachregionen, der politischen Kulturen der Grünen, unserer thematischen Schwerpunkte, der Generationen und der Geschlechter berücksichtigt werden. Das macht uns auf allen Ebenen stärker. Diese neuen Impulse gilt es nun mitzunehmen, um die wichtigen anstehenden Aufgaben anzupacken.

### Initiativen sichern

Die erste Aufgabe des neuen Präsidiums wird sein, die beiden nationalen Initiativen der Grünen zum Erfolg zu führen. Die Initiative für eine

Grüne Wirtschaft verfolgt zwei zentrale Ziele Grüner Politik: Erstens den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und zweitens die faire Verteilung von Ressourcen – und zwar über unsere Generation und den eigenen Gartenzaun hinaus.

Parlaments- und RegierungsvertreterInnen in den Kantonen und Gemeinden haben bewiesen, dass die Grünen konkrete Lösungen erarbeiten und umsetzen können. Nun ist es an uns aufzuzeigen, dass wir auch auf nationaler Ebene nicht nur Ideen anstossen, sondern unser enormes Fachwissen in innovative und realisierbare Vorschläge ummünzen. Gleichzeitig müssen wir besser unterstreichen, was wir schon erreicht haben, zum Beispiel in der Verkehrs- und Energiepolitik.

Die Aufbruchstimmung ist spürbar: «Bienvenue dans une nouvelle ère», schrieb *Le Matin Dimanche* am Tag nach der Präsidiumswahl in Carrouge. Ich freue mich darauf, mit Adèle Thorens, den vier VizepräsidentInnen und allen Grünen ein weiteres Kapitel unserer Partei zu schreiben.

*Regula Rytz, Co-Präsidentin Grüne Schweiz*

## Finalement, si on ne les achetait pas?



Au-delà du scandale dans le choix du nouvel avion de combat, peu de gens semblent se poser la question du bien fondé de leur acquisition. Et si on ne les achetait pas ces avions? Et si la Suisse faisait une fois encore œuvre de pionnier et décidait d'orienter résolument sa politique étrangère vers la médiation et les bons offices pour la promotion de la paix dans le monde? Les militaires auront de la peine à convaincre que 22 avions sont utiles à des missions de ce type-là. Le Conseil Fédéral a trouvé 3 milliards pour leur achat. Et si on finançait plutôt le développement des énergies renouvelables? Les retombées, même économiques, seraient certainement plus intéressantes.

*François Roquier, Les Verts Jura bernois*

## Inhalt



**Seite 2**  
**Motivierende**  
**Halbzeitbilanz**



**Seite 3**  
**Solarpanels statt**  
**Jodtabletten**



**Seite 7**  
**Erhöhung der**  
**Grimselstaumauer**



**Seite 8**  
**Mehr Effizienz im**  
**Gesundheitswesen?**

## Wichtige Aufgaben stehen an



Im Kanton Bern sind wir in der Halbzeit der Legislatur 2010–2014 angelangt. Eigentlich boten die letzten zwei Jahre mit provokativen Machtproben der bürgerlichen Parlamentsmehrheit und fehlenden finanziellen Mitteln wenig Grund zur Hoffnung auf gute Resultate. Umso erfreulicher ist es, dass wir viele wesentliche Ziele erreicht haben. Für die zweite Legislaturhalbjahr stehen nicht minder wichtige Aufgaben und grosse Herausforderungen an.

Die finanziellen Aussichten des Kantons sind rabenschwarz bzw. tiefrot. Die voreiligen Steuersenkungen von 2010 waren und sind schlicht nicht finanzierbar. Umso mehr müssen wir uns geschlossen gegen Projekte stellen, welche zu Ertragsausfällen führen, sei dies der Gegenvorschlag zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien», der Volksvorschlag zu den Motorfahrzeugsteuern oder die Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer. Weitere Sparmassnahmen, namentlich im Bildungsbereich und bei den sozialen Angeboten, verträgt es nicht mehr.

Nötig wären auch Verbesserungen im Stipendienwesen. Seit 2006 gilt im Kanton Bern ein revidiertes Gesetz. Heute zeigt sich, dass die Höhe der Stipendien darin deutlich zu tief angesetzt ist und die Existenzsicherung nicht gewährleistet. Dies führt dazu, dass Personen in Ausbildung statt auf Stipendien zum Teil auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen. Ziel sollte jedoch sein, dass junge Erwachsene in Ausbildung ihren Lebensunterhalt mit Stipendien – ohne Sozialhilfe – sichern können. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass in den nächsten zwei Jahren Vorschläge erarbeitet werden, wie die Probleme im Stipendienwesen gelöst werden können.

*Christine Häsler, Fraktionspräsidentin*

Alle Unterlagen der Medienkonferenz vom 15. Mai mit Halbzeitbilanz und Ausblick der rot-grünen Regierungsmehrheit befinden sich auf [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch) unter «Medienmitteilungen».

### Motivierende Halbzeitbilanz

# Grüne Politik bewegt!

**2010 wurde Bernhard Pulver mit dem besten Resultat als Regierungsrat wiedergewählt. Nach der ersten Legislaturhälfte kann er trotz schwierigen politischen Rahmenbedingungen einen beachtlichen Leistungsausweis vorweisen. Bernhard Pulver berichtet.**



Am 31. Mai 2012 ist Halbzeit der Legislatur des Regierungs- und des Grossen Rates. Vielleicht haben einige Grüne, die «Vier gewinnt» im letzten Wahlkampf aktiv unterstützt haben, leer geschluckt, als ich beim Sparpaket letzten Herbst schmerzhaft Sparmassnahmen wie die Lektionenkürzung für VolksschülerInnen und die Erhöhung der Studiengebühren verkünden musste. In der Tat sind die durch Steuersenkungen und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes aufgezwungenen Sparmassnahmen höchst unerfreulich. Das darf aber den Blick auf das Erreichte nicht trüben: Allein in der Erziehungsdirektion hat diese Regierung viel erreicht.

Mit der Revision des Volksschulgesetzes wurden die gesetzlichen Grundlagen für den zweijährigen Kindergarten und die Unterstützung der Schulsozialarbeit geschaffen. Als erster grosser Kanton der Schweiz führt Bern die freiwillige Basisstufe ein. Gleichzeitig wird der erfolgreiche Ausbau der Tagesschulen weitergeführt – auch hier sind wir seit 2008 führend.

Das neue Musikschulgesetz und das Kulturförderungsgesetz stellen Musikschulen und Kulturinstitutionen auf eine solide Basis und sind damit eine wichtige Investition in einen kulturell vielfältigen Kanton Bern. Das Vertrauen in die Politik der Erziehungsdirektion zeigte sich in beiden Fällen auch in den äusserst deutlichen Zustimmungen im Grossen Rat.

### Personalpolitische Weichenstellung

Eine wichtige Weichenstellung stellt die Revision des Lehreranstellungs- und des Personalgesetzes dar. Aufgrund der Schuldenspirale der 1990er Jahre und der anschliessenden Sparpolitik ist der Kanton Bern bei den Anstellungsbedingungen von Lehrkräften und Kantonspersonal erheblich ins Hintertreffen geraten. Mit der vorgeschlagenen Revision sollen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass das Personal einen konkurrenzfähigen Lohnaufstieg erhält und der Rückstand auf die Konkurrenz nicht weiter ansteigt.

Dies ist nur eine kleine Auswahl der wichtigen Geschäfte der letzten zwei Jahre. Im laufenden Legislaturjahr 2011/12 war ich darüber hinaus als erster Grüner im Kanton Bern Regierungspräsident. Dies verdanke ich euch allen, die ihr mich unterstützt und mir vertraut. Grüne Politik bewegt!

*Bernhard Pulver, Regierungspräsident*



Mit den Revisionen des Volksschul-, Musikschul- und des Kulturförderungsgesetzes setzte Bernhard Pulver wichtige Akzente.

Mit «Bern erneuerbar» zur Energiewende

# Solarpanels statt Jodtabletten

Was haben Jodtabletten und Solarpanels miteinander zu tun? Es sind Symbole für verschiedene Energieversorgungen: Die ersten stehen für eine veraltete, höchst gefährliche und noch auf Jahrtausende mit Risiken behaftete Grosstechnologie, die zweiten für eine zukunftsfähige, dezentrale und kontrollierbare Energieversorgung.



Vor kurzem wurden uns wieder vier Packungen Jodtabletten nach Hause geschickt, für jede Person im Haushalt eine.

Die Nähe zum AKW Mühleberg kann nicht deutlicher gezeigt werden, die energiepolitische Ideenlosigkeit einiger Bundesämter auch nicht. Nach 40 Betriebsjahren hätte Mühleberg eigentlich auf Ende 2012 vom Netz genommen werden sollen. Seit Jahren haben die Grünen grösste Vorbehalte gegen einen Weiterbetrieb vorgebracht, trotz aller Sicherheitsbedenken erhielt das AKW aber eine unbefristete Betriebsbewilligung. Die Genugtuung für uns Grüne war gross, als das Bundesverwaltungsgericht im März entschied, dass die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleistet sei. Das AKW müsse bis Ende Juni 2013 abgestellt werden, falls die BKW vorher kein umfassendes Instandhaltungskonzept vorlegen würde.

Mit unserer Initiative «Bern erneuerbar» haben wir Grünen schon im Herbst 2009 den Weg zu einer neuen, grosskindertauglichen Energiepolitik gewiesen. Die Studie, die der Initiative zugrunde liegt, hat aufgezeigt, dass der Atomstrom von Mühleberg mit einem Mix aus Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ersetzt werden kann. Fast



Energiestadt Köniz: Photovoltaikanlage auf der Turnhalle des Oberstufenzentrums Köniz

20 000 Bernerinnen und Berner unterstützen unser Anliegen und haben die Initiative unterschrieben. Trotz Fukushima und neuer bundesrätlicher Energiestrategie haben wir noch viel Arbeit vor uns: Wir müssen die breite Bevölkerung überzeugen, dass sich Investitionen in Gebäudesanierungen, Holz- und Wärmepumpenheizungen, Solar- und Windanlagen lohnen.

## Gemeinden gehen voran

Auf Gemeindeebene ist der Umbau der energiepolitischen Landschaft nicht aufzuhalten: Immer mehr Gemeinden und Gemeindebe-

hörden engagieren sich in ihrem lokalen Einflussgebiet für eine neue Energiepolitik und gehen mit gutem Beispiel voran. 285 Gemeinden und Städte in der Schweiz sind mit dem Label «Energiestadt» ausgezeichnet und haben sich damit zu einer verantwortungsvollen Energiepolitik verpflichtet. 3,9 Mio. EinwohnerInnen, 52 Prozent der Schweizer Bevölkerung, leben in diesen Energiestädten. Und das stimmt zuversichtlich!

*Rita Haudenschild,  
Gemeinderätin Köniz und Grossrätin*

## Cocorico?



La France a élu son nouveau président. La campagne n'était pas passionnante,

mais elle a passionné. 10 candidat-e-s s'opposaient au premier tour. Eva Joly, candidate d'Europe écologie – les Verts (EELV) est passée inaperçue. Les écolos surfaient pourtant sur d'importants succès aux régionales et aux européennes. Avec 2.31%, le mouvement a déçu. Les différents candidats de

gauche ont tous consacré quelques lignes de leur programme à l'écologie, avec plus ou moins de conviction. Et pour s'assurer un siège dans le gouvernement socialiste, EELV a trop tôt baissé les bras. Sarkozy a fragilisé la France durant son quinquennat. Le chômage fait peur, l'immigration fait peur, l'insécurité – subjective – règne. Les Français n'ont pas choisi les Verts mais le Front de Gauche pour exprimer leur ras-le-bol. Parce que, dans ce contexte difficile, également

maintenu par la droite bourgeoise chez nous, l'écologie n'est pas une valeur prioritaire. Elle ne répond qu'indirectement aux risques d'accroissement des inégalités, à l'exclusion. Les Verts français n'ont pas réussi à présenter une politique économique et sociale crédible. Quel enseignement tirer du résultat d'EELV ? L'économie libérale et ses modes de production mènent à l'échec. Les personnes exclues pour des raisons économiques, de santé ou à cause de leurs

origines doivent avoir une place dans la société. À long terme, il faut un modèle économique vert, mais surtout un modèle économique durable – et donc social ! Ne l'oublions pas... Pour les élections de septembre à Bienne, une économie solidaire et un Service public de qualité feront partie de nos thèmes centraux à côté de la mobilité et de l'énergie.

*Pablo Donzé,  
Les Verts Bienne*

Weekend der Jungen Grünen Schweiz in Zollikofen

# Politik zum Mitmachen

**Zwei Mal jährlich organisiert eine Sektion der Jungen Grünen Schweiz ein Wochenende. Diesen Frühling fand das Treffen vom 13. bis 15. April im Pfadiheim Grauholz statt. Organisiert haben es die Jungen Grünen Bern.**



Am Samstagmorgen fand in Oberburg in der Jenni Energietechnik AG von Josef Jenni das Hearing der Jungen Grünen mit den KandidatInnen für das (Co-)Präsidium der Grünen Schweiz statt. Martin Neukom, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz, führte souverän durch das Gespräch und ging dabei vor allem auf die konkrete Realisierung des Atomausstiegs ein. In der anschliessenden Fragerunde interessierte die TeilnehmerInnen hauptsächlich der Bezug zu und die Zusammenarbeit

mit den Jungen Grünen.

Im Anschluss an das Hearing führte uns Josef Jenni durch die Fabrikräume seines Unternehmens, wo riesige Wärmespeicher hergestellt werden. Er zeigte uns auch gleich sein Paradebeispiel; ein Mehrfamilienhaus neben seinen Fabrikräumlichkeiten, das zu hundert Prozent mit Solarenergie geheizt wird. Herr Jenni nahm sich Zeit für unsere Fragen und erzählte auch unterhaltsame Anekdoten.

## Politik, Workshops – und jede Menge Spass

Am Abend spielten wir im Pfadiheim ParlamentarierInnen-Lotto, wobei SpielerInnen nicht Zahlenreihen, sondern Fraktionen (fünf Mitglieder derselben Partei) vervollständigen mussten. Wer die Karte gefüllt hatte, musste «Vereinigte Bundesversammlung» rufen. Das Spiel war auch spannend, weil uns auffiel, von

wie vielen der 246 Mitglieder wir noch nie etwas gehört hatten.

Der Sonntag begann mit der Delegiertenversammlung der Jungen Grünen Schweiz, wobei unter anderem die Parolen für den 17. Juni gefasst wurden. Alle drei eidgenössischen Vorlagen wurden mit grossem Mehr abgelehnt.

Am Nachmittag schliesslich fand ein Workshop mit Urs Frieden statt, wo wir «Do's und Dont's» im Umgang mit Medien anschauten und bereits gemachte Erfahrungen analysierten. Zum Schluss übten wir das Besprochene mit zwei witzigen Rollenspielen.

Das Wochenende war ein grosser Erfolg – an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an die OrganisatorInnen, die KandidatInnen fürs (Co-)Präsidium, Josef Jenni und Urs Frieden.

*Seraphine Iseli, Junge Grüne Bern*



## junge grüne aktiv

### ■ Un nouveau-né



C'est autour d'une bière au Restaurant St-Gervais que les Jeunes Vert-e-s de Biel ont vu le jour, fin 2011. Composée pour l'instant d'une quinzaine de membres, âgés de 16 à 25 ans, cette nouvelle association compte sur le soutien des Verts de Biel pour les aider à mieux sortir de l'œuf!

Le groupe en est pour l'instant à ses premiers pas: «Il faut tout d'abord régler la paperasse conventionnelle, proposer un logo, rechercher des soutiens financiers et s'organiser afin de pouvoir concrétiser nos idées», expliquent Michelle et Juliette, deux participantes de la nouvelle section. Pendant les réunions bilingues, les jeunes discutent et prévoient leurs prochaines actions, espérant attirer l'attention de la population seelandaise, ainsi que l'adhésion et l'engagement des jeunes

partageant les valeurs écologistes.

Les Jeunes Vert-e-s de Biel ont eu le plaisir, ce dernier mois, d'accueillir notamment plusieurs gymnasiens souhaitant s'investir plus concrètement sur les questions environnementales.

*Lena Frank, Jeunes Vert-e-s de Biel, coprésidente Jeunes Vert-e-s Suisse*

Neue Solaranlagen decken Jahresbedarf von 200 Haushalten

# Thuner Grüne setzen sich durch

In Thun sind auf der Fussballarena und dem Panorama-Center seit Ende 2011 die beiden grössten Solaranlagen des Berner Oberlands in Betrieb. Sie produzieren gemeinsam den Jahresbedarf von 200 Haushalten. Dass es die beiden Anlagen überhaupt gibt, ist in erster Linie zwei Thuner Grünen zu verdanken: den Stadträten Thomas Hiltbold und Peter Stutz.



Thomas Hiltbold hat sich bei der ersten Abstimmung im Jahr 2006 stark gegen ein mit öffentlichen Geldern finanziertes Einkaufszentrum mit Stadion in Thun Süd eingesetzt. In der zweiten Referendumsabstimmung vom Dezember 2007 trat er hingegen als Befürworter eines privat finanzierten Stadions auf, dies nachdem sich der Investor HRS in einem Vertrag mit ihm zum Bau im Minergiestandard und einer grossflächigen Solaranlage auf dem Stadionsdach verpflichtet hatte. Für seinen nicht ganz alltäglichen Vertrag machte sich Thomas Hiltbold nicht nur Freunde – das Thuner Tagblatt warf ihm unter anderem vor, er betreibe nur Wahlwerbung in eigener Sache. Zu seinem Vorgehen sagt er heute: «Manchmal ist es nötig, neue Wege zu beschreiten.» Die zweite Stadionabstimmung wurde schliesslich so deutlich gewonnen, wie die erste verloren ging.

## Solarenergie ist die Zukunft

Als im September 2010 der regionale Energie-



Die Anlage auf dem Stadionsdach liefert jährlich Strom für 90 Haushalte.

richtplan vorgestellt wurde, realisierte Peter Stutz, dass die vertraglich zugesicherten Solaranlagen nicht geplant waren. Er führte intensive Verhandlungen mit HRS, ewb, Energie Thun, Migros und der Genossenschaft Fussballstadion, was zur Gründung der Thun Solar AG führte. Auch in der Realisierungsphase im Sommer und Herbst 2011 war das Projekt mehrmals vom Absturz bedroht. Die Hartnäckigkeit der Thuner Grünen hat sich gelohnt: Die Anlagen konnten Ende 2011 in Betrieb genommen werden. Ihre Jahresproduktion

entspricht dem jährlichen Verbrauch von 200 Haushalten.

Übrigens: Schliesslich wurde unfreiwillig auch die Migros zur Betreiberin einer Solaranlage. Der Minergiestandard wurde deutlich nicht eingehalten, weshalb zur Kompensation eine eigene Solaranlage gebaut werden musste. Diese produziert nun Strom für zehn weitere Haushalte.

*Antonio Bauen, Grossrat*

## LokalSpots

### ■ Tour de Lyss

Am 5. Mai 2012 haben die Grünen Lyss zur «Tour de Lyss» eingeladen. Diese informative Velotour führte zu den beiden Naturbiotopen Auenwald und Kiesgrube.

Die Kiesgrube wie auch der Auenwald werden geprägt durch eine Landschaft, die sich immer wieder von Grund auf neu entwickeln muss. Heute müssen aber beide Naturräume gezielt gepflegt werden, damit der Lebensraum für die enorm grosse Vielfalt von Tieren und Pflanzen erhalten bleibt oder immer wieder neu entsteht.

Der Wasserstand der alten Aare wird heute reguliert und lässt am Rande des Siedlungsraumes keine richtig grossen Überschwemmungen mehr zu. So müssen Kiesflächen durch gezielte Eingriffe wieder erstellt werden. Auch auf den noch bestehenden

Feuchtwiesen erfolgt eine gezielte Bewirtschaftung. Wer ist sich bewusst, dass hier auf einem Quadratmeter über zehn verschiedene Straucharten wachsen?

In der Kiesgrube werden die für die Amphibien und Reptilien wichtigen Lebensräume gezielt geschaffen und unterhalten, während etwas weiter Kiesabbau zur Rohstoffgewinnung erfolgt. Die Vibeton Kies AG zeigte glaubhaft auf, dass die wertvollen Biotope mit grossem Wissen und Sachverständnis im Interesse der Artenvielfalt bewirtschaftet werden.

Der Auenwald und die Kiesgrube sind für Lyss echte Oasen der Biodiversität. Die Tour de Lyss hat damit an zwei Orte geführt, die nicht nur für Tiere und Pflanzen, sondern auch für ganz Lyss von Bedeutung sind.

### ■ Fachgruppe erneuerbare Energie – eine Initiative der Grünen Seedorf

Seit etwas mehr als einem Jahr ist in Seedorf eine Fachgruppe erneuerbare Energie an der Arbeit. Die Fachgruppe, welche sich mit konkreten Massnahmen für den Ersatz von nicht erneuerbaren Energieträgern auseinandersetzt, wurde nach Zustandekommen einer von den Grünen Seedorf getragenen Bürgerinitiative ins Leben gerufen.

Vorstösse, welche auf die Einsparung von Energie ausgerichtet sind, finden breiten Rückhalt bei Gemeinderat und Behörden. Verschiedene Aktionen wie Wärmebildfotografien von Gebäuden, das Einrichten einer kollektiven Solaranlage und neue Tarifierungsmodelle für solar erzeugte Elektrizität finden breites Interesse in der Bevölkerung.

## Bildungspolitik mit Zukunft



# Ohne gute Bildung heute droht ein düsteres Morgen

**Der Bildungssektor zählt zu den Grundpfeilern einer Gesellschaft, weil hier wichtige Weichen gestellt werden für das Morgen. Die Erfahrung zeigt, dass sich gut gebildete Kinder und Jugendliche mit grosser Wahrscheinlichkeit als BürgerInnen revanchieren und klug und engagiert Verantwortung übernehmen.**



Als Schulinspektorin engagiere ich mich beruflich im Bereich Bildung und bin überzeugt: Gute Bildungspolitik sorgt dafür, dass alle die Gelegenheit erhalten, das nötige Rüstzeug für ein eigenverantwortlich, sozial- und ökologisch verträglich gelebtes Leben zu erwerben. Bei der Bildung zu sparen erhöht das Risiko, dass sich solche Einsparungen direkt spiegeln werden in künftigen Fehlentscheidungen unserer Nachkommen.

Umfassende Bildungspolitik bedeutet dabei mehr als das Aufbauen exzellenter Schulen. Bildung heisst auch, dass wir uns

selber unserer umfassenden Vorbildfunktion bewusst werden. In der Auseinandersetzung mit den aktuellen Herausforderungen treten wir den Beweis an, dass gute Bildung zu überzeugenden Lösungsvorschlägen führt. Beispiele gibt es in Hülle und Fülle: Der lang-ersehnte Atomausstieg ist zum Greifen nahe – die konkrete Umsetzung allerdings verlangt nach einem ganzen Arsenal von innovativen und praktikablen Lösungsvorschlägen. Unser Siedlungsraum wird knapp und der Bedarf an

neuen Ideen wie breitflächig verdichtetem Bauen steigt. Gute Bildung unterstützt uns dabei, nach möglichen Synergien Ausschau zu halten.

Ich wünsche mir, dass Bern ein Ort bleibt, an dem der direkte Zusammenhang zwischen guter Bildung und hoher Lebensqualität für alle auf einen Blick erkennbar ist.

*Tania Espinoza, Stadträtin und Gemeinderatskandidatin GFL*



## Debatte um Fachhochschulstandorte

# Anti-Stadt-Reflex statt bildungspolitische Weitsicht?



**Die Fachhochschule ist eine grosse Errungenschaft, welche jungen Leuten berufliche Perspektiven eröffnet und der Wirtschaft die nötigen Fachkräfte sichert. Umso mehr erstaunt es, dass die jüngste Debatte um die Zukunft der Fachhochschule von regionalen Interessen dominiert ist.**



Der Grosse Rat hat in der Märzsession mit dem Entscheid für den Campus Technik in Biel einen wichtigen Entscheid gefällt und den Bildungsstandort Kanton Bern gestärkt.

Eine kleinräumige Betrachtungsweise greift mit Blick auf den verstärkten Wettbewerb zwischen den Hochschulen, der wachsenden Mobilität der Studierenden und besonders der wirtschaftspolitischen Bedeutung der Fachhochschule viel zu kurz. Nach dem Campus Biel muss der zweite Schritt folgen: Das grösste Departement Wirtschaft,

Gesundheit und Soziales mit seinen rund 3000 Studierenden soll am heutigen Standort Bern konzentriert und die renommierte Hochschule der Künste weiter gefördert werden. Das liegt auf der Hand, oder nicht? Bürgerliche PolitikerInnen aus Bern und die grosse Mehrheit der GrossrätInnen aus der Region haben sich jedenfalls nicht für den Standort Bern stark gemacht. Anti-Stadt-Reflex statt bildungs- und wirtschaftspoliti-

sche Weitsicht? Wie soll der Kanton Bern auf einen grünen Zweig kommen, wenn Stadt und Region Bern als Zentrum und Wirtschaftsmotor des Kantons gebremst statt angekurbelt werden? Es sollten sich nun alle Akteure zur Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt entschliessen – damit der Kanton Bern eine Zukunft hat.

*Cristina Anliker Mansour, Stadträtin GB*



## Erhöhung der Grimselseestaumauer

# Nötiges Übel oder unnötiges Prestigeprojekt?

**Im Rahmen des Projekts KWOplus beabsichtigen die Kraftwerke Oberhasli (KWO), die Grimselseestaumauer um 23 Meter zu erhöhen. Bei den Grünen ist die Staumauererhöhung umstritten.**



Im September wird der Berner Grosse Rat das Konzessionsgesuch der KWO zur Erhöhung der Grimselseestaumauer behandeln. Es ist dem Engagement der Grünen zu verdanken, dass diese politische Debatte überhaupt möglich ist. Denn eigentlich wollte die KWO das Projekt über den einfachen Baubewilligungsweg realisieren. Erst eine vom Bundesgericht bestätigte Beschwerde stellte klar, dass dafür eine Konzessionsänderung nötig ist.

Die Staumauererhöhung an sich ist bei den Grünen umstritten. Gegen die Vorlage wird vorgebracht, dass mit der Seevergrösserung eine bundesrechtlich geschützte, einzigartige Moorlandschaft irreversibel zerstört werde. Die Staumauererhöhung sei auch energiepolitisch unnötig. Das damit erschliessbare zusätzliche Stromproduktionspotenzial könne mit einer Einsparung von gerade einmal 3,5% des 2011 für Elektroheizungen verbrauchten Stroms kompensiert werden.

Die Befürworter der Mauererhöhung begründen ihre Position primär mit der angestrebten Energiewende. Bei einer künftigen Versorgung ohne Atom- und Kohlestrom sei

eine Verlagerung der Produktion aus Wasserkraft vom Sommer auf den Winter nötig, um im Sommer den verfügbaren Photovoltaikstrom direkt nutzen zu können. Die Alternativen dazu – z.B. vermehrte Produktion mit Gas- und Dampfkraftwerken – seien unökologischer.

## Breit abgestützte Meinungsbildung

Um die Position bei der Basis abzustützen, werden die Grünen Kanton Bern an der Dele-

giertenversammlung vom 21. August ausführlich über das KWO-Projekt diskutieren und eine Position festlegen. Zur Vorbereitung findet am 4. Juli ein Mitglieder-Workshop statt, der Raum für vertiefte Informationen, Fragen und Diskussion bietet (siehe unten).

*Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat*



Würde durch die projektierte Seevergrösserung überflutet: Gletschervorfeld Unteraar

## Aktiv

### Termine

- **30.05.2012:** Besichtigung des Photovoltaiklabors der BFH mit Urs Muntwyler, anschliessend Apéro, 20.00 Uhr, BFH Technik und Informatik, Ilcoweg 1, Burgdorf
- **04.06.2012:** Sitzung AG Energie, 12.00 Uhr, Rathaus, Bern, Kontakt: remund@meteotest.ch
- **05.06.2012:** Sitzung AG Gesundheit, 12.00 Uhr, Rathaus (Zimmer 5), Bern, Kontakt: mariannemo@bluewin.ch
- **05.06.2012:** Treffen für Neumitglieder und Interessierte, 19.00 Uhr, Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, Bern
- **06.06.2012:** Sitzung AG Wirtschaft, 20.00 Uhr, Sekretariat Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, Bern, Kontakt:

maria.iannino@blueemail.ch

- **11.06.2012:** Sitzung AG Bildung, 18.00 Uhr, Sekretariat Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, Bern, Kontakt: corinne.schaerer@unia.ch
- **19.06.2012:** Öffentliche Veranstaltung der AG Migration/Internationales des GB Stadt Bern zum Thema Ökopopulismus, 19.30 Uhr, Vatter Business Center, Bärenplatz 2, Bern. Was meint Ökopopulismus und weshalb ist die Verknüpfung von Umwelt-, Bevölkerungs- und Migrationspolitik so populär? Mehr Infos: www.gbbern.ch
- **25.06.2012:** Stammtisch des GB Stadt Bern, ab 20.00 Uhr, Restaurant O'Bolles, Bollwerk 35, Bern. Gemütliche Kennenlern-Runde für Mitglieder, SympathisantInnen und Interessierte.
- **04.07.2012:** Mitglieder-Workshop zur

Erhöhung der Grimselsee-Staumauer, 19.00 Uhr, Polit-Forum Käfigturm, Marktgasse 67, Bern. Anmeldung bis 22.06. an sekretariat@gruenebern.ch

- **16.08.2012:** Nominationsversammlung der GFL Zollikofen für die Gemeindewahlen vom 25.11.2012, 19.30 Uhr, Restaurant Kreuz, Bernstrasse 157, Zollikofen
- **21.08.2012:** Delegiertenversammlung Grüne Kanton Bern, 19.00 Uhr, Missione Cattolica Italiana, Bovetstrasse 1, Bern. Haupttraktandum der DV wird die Erhöhung der Grimselsee-Staumauer.
- **31.08.-02.09.2012:** Gewerbeausstellung mit Stand der GFL Zollikofen, Schulanlage Geisshubel, Alpenstrasse 72, Zollikofen. Mehr Infos: www.gfl-zollikofen.ch

## Managed Care

# Mehr Effizienz im Gesundheitswesen?

Die Managed Care-Vorlage ist eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Sie will die integrierte Versorgung, welche als qualitativ hochstehend und wirkungsvoll gilt, per Gesetz verankern. Die Grünen sehen in der Vorlage sowohl Vor- als auch Nachteile und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.



Was bedeutet Managed Care? Medizinische Fachpersonen (ÄrztInnen, ApothekerInnen, ChiropraktorInnen etc.) gründen ein integriertes Versorgungsnetzwerk, welches mit einer Krankenkasse einen Vertrag abschliesst. Die Krankenkassen stellen die Entschädigung der ÄrztInnen sicher, das Ärztenetz wiederum wird zu einer finanziellen Mitverantwortung verpflichtet. Damit die Unabhängigkeit gewährleistet ist, dürfen sich die Krankenkassen nicht finanziell an den Netzwerken beteiligen.

Was heisst dies für die versicherte Person? Sie muss sich innerhalb eines Ärztenetzes immer zuerst an die/den ihr zugewiesene/n Ärztin/Arzt wenden. Diese/r koordiniert und überwacht die Behandlung, womit unnötige Mehrfachabklärungen verhindert werden sollen. In Notfällen können sich alle jederzeit ausserhalb des Netzwerks behandeln lassen.

## Kostensenkung vs. «Zweiklassenmedizin»

Mit der Vorlage wird der gesetzliche Rahmen für innovative Modelle im Gesundheitswesen geschaffen. Die Leistungserbringer werden in die Verantwortung einbezogen; dadurch wer-



Managed Care setzt auf Versorgungsnetze. Überwiegen dabei die Vor- oder die Nachteile?

den die Effizienz erhöht und die Kosten gesenkt. Die Grünen haben daher im Parlament die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Die Versicherten, welche sich für das Managed Care-Modell entscheiden, profitieren von günstigeren Prämien oder von Rückvergütungen. Allerdings: Wer weiterhin die volle freie Arztwahl beanspruchen will, bezahlt ungefähr 15 Prozent mehr Prämie sowie einen höheren Selbstbehalt. SP und Gewerkschaften, aber auch SVP und BDP, lehnen die Vor-

lage deshalb ab. Zusammen mit der Ärztesellschaft FMH sehen sie in diesen Nachteilen den Anfang vom Ende der freien Arztwahl und die Etablierung einer «Zweiklassenmedizin». Da diese Bedenken auch bei den Grünen ernstgenommen werden, haben die Grünen Schweiz und die Grünen Kanton Bern Stimmfreigabe beschlossen und überlassen den Entscheid ihren Mitgliedern.

*Alec von Graffenried, Nationalrat*

## Parolen

### ■ National

Die Delegierten der Grünen Kanton Bern haben folgende Parolen beschlossen:

- NEIN zur Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»
- NEIN zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk»
- Zur Einführung von Managed Care (Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes) wurde Stimmfreigabe beschlossen (siehe Hauptartikel).

### ■ Kantonal

Am 17. Juni gibt es keine kantonalen Abstimmungsvorlagen.

### ■ Lokal

#### Bern

Das Grüne Bündnis und die Grüne Freie Liste haben folgende Parolen zu den städtischen Vorlagen beschlossen:

- JA zum Zonenplan Warmbächliweg-Güterstrasse
- JA zur Überbauungsordnung Stöckacker Süd
- JA zum Nutzungszonenplan Allmenden

### Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23  
Erscheint 4 Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern  
Redaktion: Regula Tschanz  
Gestaltung: [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch)  
Foto S. 1: Mohamed Bahr  
Foto S. 2: Manu Friederich  
Foto S. 5: Thun Solar AG  
Foto S. 6: Fachbereich Gesundheit BFH  
Foto S. 7: Mary Leibundgut  
Foto S. 8: Vinzenz Gruppe  
Druck: Bubenberg Druck, Bern  
Auflage: 8100  
Redaktionsschluss Nr. 24: 26.07.2012  
[sekretariat@gruenebern.ch](mailto:sekretariat@gruenebern.ch)  
Tel. 031 311 87 01